

Prof. Dr. Reinhard Brühl

Politik und Militärgeschichtsschreibung in der DDR

Vortrag am 14. April 1998 im Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. in der Zeitzeugenreihe "Zeithistorische Dialoge - Politische Erfahrungen und wissenschaftliche Fragen". Erstveröffentlichung (leicht gekürzt) in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 13, Juli 1998.

I.

Militärgeschichte ist eine politische Wissenschaft. Ihre Indienstnahme als Übermittlerin von Erfahrungen, als Mittel der Bildung und als Instrument der Erziehung ist kein spezifisches DDR-, sondern ein internationales Phänomen. War und ist Erkenntnisgewinn das erste Anliegen der Militärgeschichtswissenschaft, so waren Politiker und Militärs daran interessiert (und sind es noch immer), sich dieser Erkenntnisse zu bedienen, sie für die Ausbildung und die soldatische Erziehung der Streitkräfte sowie die Förderung von Patriotismus und Wehrbereitschaft der Bevölkerung nutzbar zu machen. Unterschiedliche Interessenlagen trafen so aufeinander. Sie konnten sich sowohl harmonisieren als auch in Widerspruch zueinander geraten. Doch letztlich geriet das eigentliche Anliegen der Wissenschaft, den Dingen *sine ira et studio* – auf den Grund zu gehen, nur allzuoft in Konflikt mit den Erwartungen derer, die an ihren Ergebnissen aus sehr pragmatischen Gründen interessiert waren. In diesem Sinne nahmen Militärs und Politiker Einfluß auf die Wissenschaftler und diese ließen sich beeinflussen, weil sie – zumindest in unserer Disziplin – nicht die Meinung teilten, es genüge, Wissenschaft ausschließlich um ihrer selbst willen zu betreiben.

Der Zusammenhang von Politik und Geschichtsschreibung und die daraus resultierenden Konflikte haben Historiker immer wieder beschäftigt und veranlaßt, dazu Position zu beziehen. Aus einer Vielzahl von Stimmen hierzu zitiere ich Friedrich Meinecke: „Zwischen politischer Geschichtsschreibung und Politik besteht ein ganz eigenes, zart verwobenes Verhältnis... Wohl besteht das Gesetz der reinen Wissenschaft auch für den politischen Historiker und sagt ihm, daß er das höchste in seinem Berufe nur leisten kann, wenn er den Spiegel seiner Betrachtung nicht trüben läßt durch Tendenzen der praktischen Politik. Er weiß es,...daß er...eigentlich sein Selbst auslöschen müsse – und vermag es doch nicht und dürfte es auch nicht einmal völlig wünschen...Nur ein Mitleben mit den Dingen, die er erfassen will, erschließt ihm ihr Wesen. Mitleben aber ist auch mitstreben.“ (1)

Dieses Mitstreben ist nun selbst schon eine Form der Parteinahme. Sie ist auch dem Historiker erlaubt, sofern er im Leben für seine Überzeugungen eintritt. Er sollte sich jedoch davor hüten, diese Überzeugungen zum Ausgangspunkt und Kriterium seiner Forschungen zu machen und damit Gefahr zu laufen, das „Gesetz der reinen Wissenschaft“ zu verletzen oder zu mißachten, denn damit ist der Weg zu legitimatorischer Geschichtsschreibung vorgezeichnet. In diese Situation geriet die Militärgeschichtsschreibung der DDR.

Seit 1990 haben sich bereits eine Reihe von Autoren mit dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR befaßt. (2) Dabei war es nicht verwunderlich, daß die Gesellschafts-(Geistes-)wissenschaften als instrumentale Wissenschaften in die Kritik gerieten, hatte sie doch die SED selbst in ihrem Parteiprogramm (IX. Parteitag) als „das theoretische und politisch-ideologische Instrument“ ihrer Politik ausgewiesen und war dies von Seiten der Wissenschaft so hingenommen worden. Die Geschichtswissenschaft, die besonders in die Kritik geriet, erschien einigen ihrer Kritiker bald nur noch als Legitimationswissenschaft ohne fachlichen Wert. Andere meinten, daß sie neben Wertlosem auch Bleibendes geschaffen habe. (3)

In der vor allem von Historikern der alten Bundesländer und einigen wenigen oppositionellen DDR-Historikern geführten Debatte zeigten sich bald einige allgemeine Charakteristika, die Christoph Kleßmann und Martin Sabrow in einem Beitrag von 1996 so zusammenfaßten:

erstens den politisch-moralischen Grundzug dieser Debatte, also den Trend zu einer stark moralisierenden statt historisierenden Bewertung des Gegenstandes;

zweitens die verbreitete Verwendung eines zumeist unreflektierten und oft erstaunlichen Wahrheitsbegriffs, getragen vom Glauben an eine eindeutige historische Wahrheit und der Vorstellung von einem verbindlichen Moralkodex für Wissenschaftler;

drittens den Drang zur „instant history“, d.h. zu einem schnell aufgebrühten, zum alsbaldigen Verbrauch bestimmten Produkt, das – gestützt auf diesen oder jenen „passenden“ Aktenfund – vorwiegend der Anklage dienstbar sein sollte;

viertens bewerteten sie die Debatte um die Standards der Zeitgeschichte als eine sehr deutsche Diskussion, und zwar aufgrund ihrer fortdauernden Verbissenheit. (4)

Ich finde dies recht zutreffend, es scheint mir aber, als habe diese Debatte seither an Sachlichkeit und historischem Herangehen gewonnen. (5) Doch nach wie vor gibt es auch Kritiker, die – und hier verwende ich eine Aussage von Thomas Nipperdey – mit dem Selbstbewußtsein ihrer Gegenwart oder ihres Zukunftskonzepts alles besser wissen, die in diesem Prozeß der Auseinandersetzung Staatsanwalt, Richter und Gesetzgeber zugleich sind, auch noch den Pflichtverteidiger selbst einsetzen und als Richter mit dem selbstgewissen Maßstab urteilen, verbindlich zu wissen, was die unumgänglichen idealen Normen seien. (6) Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß Nipperdey in diesem 1987 veröffentlichten Aufsatz auch die marxistisch-leninistischen Historiker mit ihrem selbstgewissen Maßstab vor Augen hatte, aber wohl doch nicht nur sie. Ein solches Selbstbewußtsein kann auch nichtmarxistische Historiker befallen, wie dies mancher Beitrag der erwähnten Debatte belegt. Solche Historiker meine ich in Arbeiten zu erkennen, deren Anliegen nichts anderes als die „Delegitimierung einer legitimatorischen Wissenschaft“ ist und die deshalb mit großer Souveränität darauf verzichten, sich der Mühe einer wissenschaftlichen Kritik von Produkten der DDR-Geschichtswissenschaft zu unterziehen. (7)

Zum heutigen Thema liegen auch Beiträge kritischer Selbstreflexion von DDR-Historikern vor. Auf die Militärgeschichte bezogen sind hier insbesondere der Jahrgang 1990 der Zeitschrift Militärgeschichte und der jüngst erschienene Sammelband „Forschungen zur Militärgeschichte“ zu nennen. (8) Die Beiträge von 1990 waren der erste veröffentlichte Ausdruck des bereits längere Zeit angestauten Unmuts über die politische Bevormundung der militärgeschichtlichen Arbeit (im kleinen Kreis war dieser Unmut schon mehrfach Gegenstand der Diskussion gewesen). Sie waren erste Beiträge zu einer kritischen Bestandsaufnahme der Militärgeschichtsschreibung der DDR und noch getragen von der Hoffnung, nach Befreiung von politischer Bevormundung an der Erneuerung der eigenen Disziplin im Sinne konsequenter Beachtung allgemeingültiger Kriterien der wissenschaftlichen Arbeit mitwirken zu können.

Der 1998 erschienene Sammelband vereint Beiträge, in denen eine kritische Bilanz über einzelne Arbeitsgebiete gezogen wird. Dabei kommen einige der Autoren auch auf das Verhältnis von Politik und Militärgeschichtsschreibung in der DDR zu sprechen. Beim kritischen Rückblick auf die eigene Arbeit – der auch Unterschiede deutlich werden läßt – sind sie bemüht, der Tendenz zur Schwarzweißmalerei zu begegnen, zeige sie sich als nostalgische Rechtfertigung oder als einseitige Verdammung. Deshalb geben sie auch ihre Antwort auf die Frage, wo Erkenntnisgewinn erzielt wurde und wo parteipolitisches Legitimationsbedürfnis den Wert der Forschungsergebnisse minderte oder zunichte machte.

Mein heutiger Vortrag soll – dem Anliegen dieser Reihe entsprechend – der Bericht eines Zeitzeugen zum Thema sein. Deshalb möchte ich das Verhältnis von Politik und Militärgeschichtsschreibung in der DDR vor allem aus der Sicht meines Erlebens darstellen. Für mich realisierte es sich auf zwei Ebenen, einer weltanschaulich-ideologischen und einer politisch-administrativen. Beide waren nicht durch eine chinesische Mauer getrennt, sondern durchdrangen und beeinflussten sich auf mannigfaltige Weise. Ich nahm dieses Verhältnis nicht nur als eines zwischen Anordnenden (aus der Politik) und Ausführenden (aus der Wissenschaft) wahr, sondern auch als eines, das ohne ein relativ hohes Maß an Übereinstimmung in Weltanschauung und gesellschaftspolitischer Zielvorstellung zwischen Politikern und Wissenschaftlern so gar nicht möglich gewesen wäre. Die berechtigte Kritik, die wir DDR-Historiker an bürokratischer Bevormundung und Zensur unserer Arbeit üben, bliebe unvollständig, wenn wir nicht sagten, daß und warum wir ein solches Verhältnis lange Zeit nicht nur hinnahmen, sondern es ja auch mit praktizierten, auch dann noch, als uns zunehmend vieles an seiner Handhabung störte und auch empörte.

Als Hauptgründe dafür sehe ich unsere im Prinzipiellen vorhandene Übereinstimmung mit der Politik in Weltanschauung und gesellschaftspolitischer Zielstellung; die wissenschaftliche Ausbildung, die wir erfahren hatten; unsere Sozialisation in der DDR-Gesellschaft; unser Verständnis davon, welche Lehren vor allem aus der jüngsten deutschen Geschichte zu ziehen seien sowie unsere Wahrnehmung des Ost-West-Konflikts. Ich halte diese Faktoren für unsere Hinnahme des gewesenen Verhältnisses – zumindest was den Kreis der mir bekannten DDR-Historiker betrifft – für maßgebender als solche wie obrigkeitlichen Zwang, demonstrative Einschüchterung oder auch Nischensuche bzw. kompromißlerische Anpassung wider die eigene Überzeugung, wengleich es das alles auch gab. Würde ich der noch immer geübten Praxis folgen, bei der Beurteilung von DDR-Bürgern nur Täter und Opfer zu unterscheiden, so könnte ich den eben erwähnten Kreis als „Überzeugungstäter“ in Sachen des Verhältnisses von Politik und Geschichtswissenschaft einordnen. Es war unsere politische und weltanschauliche Überzeugung, die uns das gegebene Verhältnis hinnehmen und mitpraktizieren ließ. Und weil wir zu spät erkannten, was an ihm und seinen Prämissen falsch war, wurden wir zu Opfern unserer eigenen Überzeugung.

II.

Als die Militärgeschichtsschreibung der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die ersten Schritte tat, sich zu einer eigenständigen Disziplin der Geschichtswissenschaft zu entwickeln, zählten zu den grundlegenden Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen sich dieser Start und die nachfolgende Entwicklung vollzog, vor allem folgende :

- In den Gesellschaftswissenschaften hatte sich der Marxismus-Leninismus als deren theoretische und methodologische Grundlage weitgehend durchgesetzt. Der Prozeß der Konstituierung einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft stand vor dem Abschluß. Von beidem war auch die Ausbildung einer neuen Generation von Historikern der DDR geprägt. Zu den Kernaussagen dieser Ausbildung gehörte neben der von der gesetzmäßigen Abfolge von Gesellschaftsformationen und der „historischen Mission“ der Arbeiterklasse u.a. auch die, daß der historische Materialismus nicht nur eine Methodenlehre, sondern auch eine Theorie zur Veränderung der sozialen Wirklichkeit sei. (9) Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik stellte sich damit für die neue Historikergeneration als so eng dar, daß der Begriff von der dialektischen Einheit beider weithin unkritisch übernommen wurde. Die einfache Erklärung dafür lautete, daß die Politik sich auf die Wissenschaft stütze und sie brauche, die Wissenschaft also der Politik helfen müsse. Das bekräftigte den Anspruch der Politik, der Wissenschaft Aufgaben zu stellen und Vorgaben zu machen, und förderte bei den Historikern die Bereitschaft, einen ihrer Disziplin gemäßen

Beitrag zum Aufbau einer neuen Ordnung zu leisten. Das war keine Absage an die Forderung nach Erkenntnisgewinn als Hauptaufgabe der Wissenschaft. In der Praxis jedoch führte es dazu, daß dieser vor allem an seinem Wert für die praktische Politik beurteilt wurde.

Den angehenden Militärgeschichtlern stellte sich der Übergang zu marxistisch-leninistischen Grundlagen aber auch als die unumgängliche Konsequenz aus dem Versagen jenes Teils der deutschen Militärgeschichtsschreibung dar, der das Bild von Preußens Gloria gezeichnet, deutsche Kriegspolitik gerechtfertigt, die These vom „im Felde unbesiegt“ verbreitet, Nationalismus und Revanchismus gefördert und damit zur geistigen Vorbereitung einer Entwicklung beigetragen hatte, die in den NS-Verbrechen gegen den Frieden, gegen das Kriegsvölkerrecht und gegen die Menschlichkeit ihren beschämenden Tiefpunkt erreichte.

In der DDR sahen wir – wie Millionen von Bürgern dieses Landes und ungeachtet bestehender Mängel und mancher Unzufriedenheit – unseren Staat. Geschuldet war dies vor allem seinem Bekenntnis zum Antifaschismus, zum Frieden sowie zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und Fürsorge. Der Anspruch der DDR, eine historisch und politisch legitime Alternative zu dem im Zweiten Weltkrieg untergegangenen deutschen Staatswesen und auch zur kapitalistischen Ordnung der Bundesrepublik zu sein, fand zwar nicht ungeteilte, doch verbreitete Akzeptanz.

Obwohl zu jener Zeit noch nicht in der Verfassung des Landes festgeschrieben, war der Anspruch der SED auf die führende Rolle in Staat und Gesellschaft weitgehend durchgesetzt. Das galt auch für den Anspruch der Politik auf Aufgabenstellung im Grundsätzlichen an die Wissenschaft sowie auf deren Anleitung und Kontrolle. Zwar gab es unter den Gesellschaftswissenschaftlern manche Unzufriedenheit und gelegentlich auch Widerspruch zur Praxis der Handhabung dieses Anspruchs, aber mir ist bis in die achtziger Jahre hinein kein Fall bekannt, in dem dieser Anspruch von Gesellschaftswissenschaftlern generell und öffentlich in Frage gestellt worden wäre. Für das Militärgeschichtliche Institut ergab sich aus seinem Status als militärische Einrichtung zudem die Einbindung in Aufgabenstellung, Anleitung und Kontrolle durch den militärischen Vorgesetzten und sein Organ, die Politische Hauptverwaltung der NVA.

Die internationale Situation der DDR war zum Zeitpunkt des Beginns einer Militärgeschichtsschreibung in der DDR geprägt vom Kalten Krieg, zu dessen Charakteristika die von beiden Systemen praktizierte Politik der gegenseitigen Abschreckung mit der Folge eines unablässigen Wettrüstens gehörte. Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in sich feindlich gegenüberstehende Militärblöcke und die Entwicklung ihrer Territorien zum Ort der größten Truppenkonzentration beider Blöcke bewirkten Bedrohungswahrnehmungen nicht nur in der Partei- und Staatsführung, sondern auch in der Bevölkerung der DDR. Sie erfuhren gerade in diesen Jahren noch eine Verstärkung durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der ja nicht nur auf die internationale Isolierung, sondern letztlich auf die Beseitigung der DDR zielte. Auch aus dieser Situation heraus und mit Blick auf zwei von deutschem Boden ausgegangene Weltkriege zeigten die Militärgeschichtler Verständnis für die Forderung der Partei, mitzuhelfen, die verhängnisvolle Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus aufzudecken und die Wehrbereitschaft der Bevölkerung zu fördern.

Die Militärgeschichtler der DDR akzeptierten den Anspruch der Politik auf Aufgabenstellung insbesondere deshalb, weil sie inhaltliche Schwerpunkte für unsere Arbeit nannte, die durchaus unseren Vorstellungen entsprachen. Dazu gehörte z.B. eine Neubefragung des Ringens zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften um eine den Interessen des Volkes dienende Wehrverfassung und Militärpolitik. Dazu gehörte insbesondere die Aufdeckung der Ursachen und Triebkräfte der Politik, die Deutschland in zwei Weltkriege geführt hatte. Wir waren aufgefordert, Forschungen über den verbrecherischen Krieg Hitlerdeutschlands zu führen und uns dabei mit Auffassungen auseinanderzusetzen,

welche die Schuld für ihn allein Hitler zuschoben oder die deutsche Niederlage nur als eine Folge von „Verlorene(n) Siege(n)“ darstellten. Kurzum, die Politik erwartete von uns nach dem Zusammenbruch von 1945 eine historisch-kritische Analyse wesentlicher Abschnitte und Ereignisse der deutschen Militärgeschichte und war überzeugt, daß dies mithelfen könne zu verhindern, daß sich solches je wiederhole. Warum sollten wir uns solchen Erwartungen entziehen? Wir waren ja an einer Wende in der deutschen Militärgeschichte interessiert, weg vom militärisch unteretzten deutschen Großmachtstreben und hin zu einer friedenserhaltenden und friedensgestaltenden deutschen Politik.

Selbstverständlich gehörte es unter den gegebenen Bedingungen auch zur Aufgabe der Militärhistoriker, nach den Traditionen zu fragen, an welchen sich Nationale Volksarmee und Bundeswehr orientierten. Da gab es einen gemeinsamen Bezugspunkt und das war der preußische Militärreformer Scharnhorst. Beide Armeen beanspruchten für sich, in seinem Geiste wirken zu wollen. Ansonsten aber gab es wenig gemeinsames. Bevorzugte die NVA als Traditionen vor allem Ereignisse und Persönlichkeiten, die für den Kampf gegen Militarismus und Krieg, für volksverbundene Streitkräfte standen, so bevorzugte die Bundeswehr solche, in denen man einen besonderen Ausdruck deutschen Soldatentums erkannte. Dafür standen Namen wie Tirpitz, der durch den Aufbau einer starken Hochseeflotte Deutschlands Weltmachtstellung unterstreichen wollte, wie Ludendorff, den Fürsprecher des totalen Krieges, wie von der Goltz, der die deutsche Baltikumaggression befahl, oder wie Dietl, den bedingungslosen Gefolgsman Hitlers.

Es waren also am Beginn der Militärgeschichtsschreibung der DDR Bedingungen und Umstände gegeben, die uns den Führungsanspruch der Politik und – neben der erkenntnistheoretischen – auch eine instrumentale Funktion der Wissenschaft als den geschichtlichen Erfahrungen und aktuellen Erfordernissen entsprechend verstehen ließen. Dieses Verständnis in Frage zu stellen bedurfte es nicht nur theoretischer Einsichten, sondern ebenso praktischer Erfahrungen mit dem, was man in der DDR Realsozialismus nannte. Es bedurfte der - nur allmählich reifenden - Erkenntnis, daß die SED und ihre an der Sowjetunion orientierte und in militärpolitischen Fragen an sie gebundene marxistisch-leninistische Politik es nicht vermochte, die DDR auf den Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung zu führen, worin – nach Marx – die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Die Ursachen hierfür aufzulisten, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Festzustellen bleibt aber, daß das Scheitern des Versuchs Sozialismus nichts an der Lauterkeit des Vorsatzes der Militärhistoriker ändert, mit ihrer Arbeit zu einer Wende in der deutschen Militärgeschichte beitragen zu wollen.

Ich möchte diese Überlegungen mit den Worten eines anderen abschließen, des Philosophen und Hermeneutikers Hans-Georg Gadamer. Er schreibt: „Es gibt keinen Experten, der von außen die Normen `objektiv` erforscht, sondern einen von Normen geprägten Menschen, einen Menschen, der sich bereits im Rahmen seiner Gesellschaft, seiner Epoche, seines Vorurteilszusammenhangs, seiner Welterfahrung befindet. All dies ist bereits wirksam und bestimmend, wenn man an eine Fragestellung herangeht und eine Lehre interpretiert...Wir sind keine Beobachter, die die Geschichte aus der Entfernung betrachten, sondern wir befinden uns, insofern wir geschichtliche Wesen sind, stets im Innern der Geschichte, die wir zu begreifen trachten.“ (10)

Ich glaube sagen zu können, daß alle mir bekannten Militärhistoriker der DDR nicht nur in, sondern auch mit diesem Land und seinen Hoffnungen lebten. Das beruhte auf damaliger Überzeugung, und sie insbesondere ließ unseren Blick durch Tendenzen der praktischen Politik trüben. Wir befanden uns in einer Situation, die ein Band mit bilanzierenden Aufsätzen zur Geschichtswissenschaft auf die Formel „Zwischen Parteilichkeit und Professionalität“ brachte. (11) Beide waren nach unserem Selbstverständnis nur insofern eigenständige Größen, als sie sich zugleich gegenseitig bedingten. Dieses Verständnis begrenzte und schmälerte Professionalität.

Es ließ uns z.B. bei der Abfassung von Zielstellungen für Forschungsvorhaben die von politischen Interessen diktierte Formulierung übernehmen: „Es ist nachzuweisen, daß...“ Und obwohl nicht Legitimation, sondern Erkenntnisgewinn Vorsatz und Ziel im eigentlichen Forschungsprozeß war, bewirkte diese Orientierung eben doch ein Zuschreiben auf die politische Überzeugung und den ihr gemäßen Nachweis. Es brauchte Zeit, bis wir diese Formulierung als Fehlorientierung erkannten, sie durch die Orientierung „Es ist (sind) zu untersuchen...“ ersetzten und ernsthafte Anstrengungen unternahmen, den Prinzipien historisch-kritischer Forschung den unbedingten Vorrang vor politischen Anliegen einzuräumen. Wir machten dabei Fortschritte, aber in Gänze haben wir das bis zum Schluß nicht gebracht.

III.

Im folgenden einige Bemerkungen zu der von mir so bezeichneten politisch-administrativen Ebene des Verhältnisses von Politik und Militärgeschichtsschreibung, deren praktische Handhabung und Hinnahme – ich wiederhole das – nur in ihrer engen Verbindung mit der weltanschaulich-ideologischen verständlich wird. Auf das Militärgeschichtliche Institut bezogen, begann diese Ebene mit den in ministeriellen Dokumenten enthaltenen Vorgaben über die Aufgaben und die Stellung des Instituts im Rahmen der NVA und des Wissenschaftsgefüges der DDR, über seine Struktur und seinen Stellenplan. Sie wirkte über den Einfluß, den das Ministerium auf die Besetzung der Offiziersplanstellen nahm. Die Besetzung der Planstellen für zivile Mitarbeiter lag in der Zuständigkeit des Instituts. Zur administrativen Ebene gehörten auch die Bewilligung oder Ablehnung von Studien- und Archivreisen, der Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen im Ausland sowie des Ankaufs von wissenschaftlicher Literatur und Mikrofilmen aus dem westlichen Ausland. War auch die Stellung des Instituts als wissenschaftliche Einrichtung der NVA gelegentlich von Vorteil, so schränkte sie doch dessen funktionale Selbständigkeit weiter ein.

Zum politischen Führungsanspruch der Partei kam die militärische Weisungsbefugnis. So hieß es in der Ordnung über die Stellung, Aufgaben und Befugnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR (12):

„Das MGI arbeitet auf der Grundlage

- der Beschlüsse und Dokumente der SED
- der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften
- der militärischen Führungsdokumente und Bestimmungen“. (Punkt I 1.[3])

Es war keine Besonderheit militärischer Dokumente und Ordnungen, sondern generelle Praxis in der DDR, die Beschlüsse und Dokumente der SED als erste und damit vorrangige Grundlage der Arbeit zu benennen.

Jener Bereich der administrativen Ebene, der die inhaltliche Seite der wissenschaftlichen Arbeit noch unmittelbarer betraf, ist mit den Begriffen Aufgabenstellung, Anleitung und Kontrolle zu umreißen. Hierfür war jene Passage der MGI-Ordnung maßgebend, die besagte: „Die Forschung ist auf der Grundlage des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR, des Zentralen Forschungsplanes der Nationalen Volksarmee...sowie des Forschungsplanes der Dienststelle entsprechend der Forschungsordnung durchzuführen.“ (Punkt II 5.[1])

Diese Forschungspläne basierten auf jenen grundsätzlichen Orientierungen, die für die wissenschaftliche Arbeit in den Dokumenten der SED vorgegeben waren. Dazu zählten sowohl spezielle Beschlüsse wie z.B. der über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR“ vom 5. Juli 1955 (13), als auch Berichte des Politbüros an das Zentralkomitee bzw. des Zentralkomitees an die Parteitage und

selbst Stellungnahmen des Politbüros und Referate seiner Mitglieder zu Fragen der deutschen Geschichte, wie etwa das Referat Walter Ulbrichts über „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung“, das die Grundlage für den „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ bildete (14) und mit ihm zum Beschluß erhoben wurde. Es war gängige Praxis, von der „richtungweisenden Bedeutung“ derartiger Materialien zu sprechen. Damit war gemeint, daß die darin enthaltenen grundsätzlichen und konzeptionellen Vorgaben als von verbindlicher Bedeutung betrachtet wurden. Davon abzuweichen konnte, wie Joachim Petzold in seinem Aufsatz „Die Auseinandersetzung zwischen den Lampes und den Hampes“ aufzeigt, zu ernstesten Konflikten zwischen Parteidoktrinären und Geschichtswissenschaftlern führen. (15)

Die zentralen Forschungspläne schlossen allerdings eine wissenschaftliche Mitbestimmung des Instituts und innerhalb des Instituts eine Willensbildung der Mitarbeiter nicht aus. Wir unterbreiteten unsere Vorschläge für Themen, welche in diese Forschungspläne aufgenommen werden sollten, und sie fanden in der Regel Zustimmung. Unsere Vorstellungen über neue Forschungsvorhaben reiften im Prozeß der Arbeit und durch Diskussionen in den Abteilungen und Fachgruppen. Endgültige Gestalt nahmen sie nach Beratung im Wissenschaftlichen Rat des Instituts an, dem Mitarbeiter aller Abteilungen angehörten. Ich befürchte kaum Widerspruch von ehemaligen Mitarbeitern, wenn ich die Meinung äußere, daß ein „herrschaftliches Gegenüber“ (Kocka) von Wissenschaftlern einerseits und ehrenamtlichen Parteifunktionären sowie Leitern von Forschungsbereichen andererseits im Institut nicht typisch war. Aber vielleicht ist hier der Rückblick des ehemaligen Direktors etwas zu blauäugig. Sicher gab es auch bei uns Meinungsstreit über unterschiedliche Auffassungen, doch in wissenschaftlichen Diskussionen galt der Grundsatz: „Die Autorität des Arguments hat Vorrang vor dem Argument der Autorität.“

Es war im Institut Praxis, die Entwürfe in der Fachgruppe, teils auch in größerem Kreis, zu beraten. Je nach Thema waren wir auch an Beratungen mit Vertretern des Ministeriums und aus der Truppe sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen wie den historischen Instituten der Akademie der Wissenschaften, dem Institut für Marxismus-Leninismus, dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft sowie der Militäarakademie interessiert. Die Autoren empfanden deren Kritiken und Anregungen nicht als Bevormundung oder Eingriff in ihre Autorenrechte, sondern als Anregung und Hilfe. Sie waren dankbar für sachlich-kritische und konstruktive Hinweise. Und davon gab es nicht wenige.

Grundlage aller unserer Diskussionen war die Anerkennung des Marxismus-Leninismus als theoretische und methodologische Grundlage unserer Disziplin. Er prägte Inhalt und Tenor aller Diskussionsbeiträge. Von ihm war auch unser Verständnis von Objektivität und Parteilichkeit und damit von historischer Wahrheit bestimmt. Ich erinnere mich noch, mit welcher innerer Spannung ich seinerzeit Stefan Heyms „König David Bericht“ gelesen habe, in dem von zwei Arten der Wahrheit die Rede ist. Die eine ist die, die der Historiker zu finden wünscht, die andere die, „welche sich auf das Wort Herrn Jahwes gründet, wie es von seinen Propheten und seinen Priestern vermittelt wird.“ Und Heym läßt den Priester Zadok an die Adresse des Historikers ben Hoshaja sagen: „Und wo die zwei Arten von Wahrheit nicht übereinstimmen, muß ich verlangen, daß wir der Lehre folgen“. (16) Ich war mir der Aktualität dieser Worte durchaus bewußt, und doch ließ es meine damalige Grundhaltung nicht zu, sie als voll zutreffend auf unsere Lage anzuerkennen. Zum einen war der Priester Israeli, der Historiker aber Ägypter – er diente also einem fremden Herrn und dessen Sache. Wir aber dienten doch unserem Land. Zum anderen überschätzte ich unsere Voraussetzungen und Möglichkeiten, außerwissenschaftlichen Ansprüchen und Einflußnahmen mit der konsequenten Durchsetzung fachwissenschaftlicher Prinzipien wirkungsvoll begegnen zu können.

Martin Sabrow verwendet in seinem sehr interessanten Beitrag zum Wahrheitsproblem in der DDR-Geschichtswissenschaft (17) eben diese Passage aus dem „König David Bericht“. Er geht darin den Ursachen und der Wirkung des in der DDR-Geschichts-

wissenschaft normierten Begriffs der historischen Wahrheit nach und kommt zu dem Ergebnis: „Er relativiert sie, indem er ihre Erkenntnis an die Einnahme eines politischen Standpunktes bindet; er verengt sie, indem er der marxistischen Geschichtstheorie das Deutungsmonopol einräumt; und er instrumentalisiert sie, indem er ihr neben der weltanschaulichen Bindung (an den Marxismus) auch die politische (an die SED) zugrundelegt.“ (18) Dieser Wahrheitsbegriff galt auch in den fachwissenschaftlichen Diskussionen im MGI.

Im Umgang mit der militärisch vorgesetzten Behörde, der Politischen Hauptverwaltung der NVA, und mit anderen Parteieinrichtungen, die – wie die Abteilung Wissenschaften im ZK und das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK – anleitende und zensierende Aufgaben auch gegenüber dem Militärgeschichtlichen Institut wahrnahmen, gab es schon Fälle „herrschaftlichen Gegenübers“ und solche, in denen das Argument der Autorität Vorrang erheischte. Deutlich zeigte sich das, wenn Tabus ins Blickfeld gerieten. Obwohl sie in keinem Parteidokument als solche bezeichnet waren, konnte man sie oft aus ihnen ableiten, z.B. dadurch, daß das tabuisierte Problem bzw. Faktum überhaupt nicht erwähnt wurde, oder aber durch die Verbindlichkeit der dazu vorgegebenen Aussagen. Dafür zwei Beispiele. In den sechziger Jahren schlugen wir für einen Mitarbeiter das Forschungsthema „Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee“ vor. Es wurde mit der Begründung abgelehnt, es gebe wichtigere Forschungsthemen für das Institut. Das zweite Beispiel betrifft die Darstellung des Einsatzes der NVA während der Intervention des Warschauer Paktes zur Niederschlagung des Prager Frühlings. Der diesen Abschnitt bearbeitende Wissenschaftler wich in seinem Entwurf nur insofern von der parteioffiziellen Darstellung ab, als er feststellte, daß keine Truppenteile der NVA am Einmarsch in die CSSR beteiligt waren. Wegen dieser Passage wandte sich die Politische Hauptverwaltung mit der Bitte um Meinungsäußerung und Entscheidung an den Generalsekretär der Partei. Dieser wies an, in Prag nachzufragen, ob es Einverständnis zu solcher Feststellung gebe. Von dort kam die Antwort, die tschechische Seite sei daran interessiert, es bei den bisherigen offiziellen Aussagen von KPdSU und KPC zu belassen, nach der Streitkräfte aller Staaten des Warschauer Vertrages außer Rumänien am Einmarsch beteiligt gewesen seien. Daraufhin erhielten wir die Weisung, dies in der Geschichte der NVA so darzustellen.

Die Forschungsvorhaben waren unterteilt in zentrale, in solche des Ministeriums für Nationale Verteidigung und in solche des Militärgeschichtlichen Instituts. Damit war festgelegt, wem die Forschungskonzeptionen zur Bestätigung, die Entwürfe zur Diskussion und die fertigen Werke zur Freigabe vorzulegen waren. Für zentrale war das der Minister für Nationale Verteidigung, für solche des MfNV war das entweder der Minister oder der Chef der Politischen Hauptverwaltung, für solche des MGI dessen Direktor. Darüber hinaus galt es als verbindlich, sich bei Themen zur Geschichte der Militärpolitik der deutschen Arbeiterbewegung sowie der SED/DDR mit dem Institut für Marxismus-Leninismus zu konsultieren. Es hatte den Status eines Leitinstituts für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die von dort kommenden kritischen Bemerkungen, Anregungen und Empfehlungen galten als von hoher Verbindlichkeit. Stellungnahmen der Politischen Hauptverwaltung stützten sich generell auf die des IML.

Bei der Freigabe von wissenschaftlichen Arbeiten sowie von Lehr- und Propagandamaterialien waren in der NVA mehrere Ordnungen und Dienstvorschriften zu beachten, so die Forschungsordnung, die Publikationsordnung, die Dienstvorschriften über Wachsamkeit und Geheimhaltung, Militärzensur u.a. (19) Die Ordnung über die Militärzensur enthielt nicht nur Festlegungen über Gegenstände und Fakten, die dem Geheimnisschutz unterlagen, sondern gab der Militärzensur auch Vollmachten zu Auflagen an die Autoren wissenschaftlicher Werke. So durften z.B. in Publikationen über die NVA keine Regimenter und Divisionen offen bezeichnet und mit ihrem Standort erwähnt werden. Die Nennung taktisch-technischer Daten von Waffen und Militärgerät war in jedem Fall dann verboten,

wenn diese Angaben in der Sowjetarmee als vertraulich galten. Zu politischen Tabus gesellte sich übertriebene Geheimhaltung. Während der Arbeit an der Geschichte der NVA bat ich den Minister für Nationale Verteidigung anlässlich einer Beratung des Autorenkollektivs mit ihm und seinen Stellvertretern, uns einige Abweichungen von diesen Regeln zu gestatten. Ich begründete dies u.a. damit, daß ja alle diese Fakten in Publikationen der Bundeswehr und der NATO nachzulesen seien. Minister Hoffmann war einverstanden, doch der damalige Chef des Hauptstabes empfahl ihm, diese Zusage zurückzunehmen, weil es den sowjetischen Forderungen zuwiderlaufe. Der Minister folgte diesem Hinweis.

Armeegeneral Hoffmann brachte mehr Verständnis für Probleme und Erfordernisse der wissenschaftlichen Arbeit auf als andere leitende Offiziere des Ministeriums. Mit ihm konnte man über sie und gelegentlich auch über Tabus recht offen sprechen. So hatten wir ihm auch unsere Absicht genannt, in der Geschichte der NVA, die als eine populärwissenschaftliche Darstellung vorbereitet wurde, auch Schwierigkeiten beim Aufbau der NVA, fehlerhafte Entwicklungen oder unbefriedigende Zustände nicht auszuklammern. Hoffmann billigte im Gespräch diesen Vorsatz. Er äußerte sich dazu auch öffentlich und mahnte, „nie (zu vergessen und nirgends (zu) verschweigen, daß der erfolgreich zurückgelegte Weg keine gerade Asphaltstraße war, daß wir auch Täler durchschreiten, mitunter sogar Umwege in Kauf nehmen mußten, daß es nicht nur Jubel und Freude gab, sondern auch Enttäuschungen, daß viel Schweiß geflossen ist und manche persönliche Opfer gebracht werden mußten.“ (20) Bei der Beratung erarbeiteter Entwürfe stießen jedoch solch kritische Passagen mehrfach auf Ablehnung seitens der Vertreter der Politischen Hauptverwaltung und des Instituts für Marxismus-Leninismus. Man brauche keine Fehlerdiskussion, es gelte, die erfolgreiche Politik der Partei darzustellen. Ich habe mir nach solchen Beratungen gelegentlich einige Eindrücke schriftlich festgehalten und möchte zwei aus dem Jahr 1982 hier wiedergeben.

In der einen heißt es: „Ein Vergleich der vom Minister gebilligten Linie bei der Änderung der Konzeption (1982) mit einer Reihe von kritischen Einwänden und Forderungen der PHV zeigt, daß diese die Linie anders interpretiert und z.T. sogar ändert (Darstellung von Entwicklungsproblemen und „Lehrgeld“).

Die andere lautet: „Wieder erfolgt die Kritik vorwiegend nach dem, was in der PHV politisch-ideologisch für richtig gehalten und als notwendig zu schreiben angesehen wird.“

Solche Notizen wurden auch zum Gegenstand persönlicher Aussprachen, die ich oder Kollegen des Autorenkollektivs mit dem dienstlichen Vorgesetzten und seinen Mitarbeitern führten. Sie waren selten einfach. Gelegentlich halfen sie, die Standpunkte des anderen besser zu verstehen. Sie konnten aber auch an einen Punkt kommen, wo die Diskussionsbereitschaft der Vertreter der Politischen Hauptverwaltung endete und Forderungen gestellt wurden. Das war speziell dann der Fall, wenn es um Darstellungen und Aussagen ging, von denen sie sich eine besondere ideologisch-erzieherische Wirkung versprachen. Das konnte bei der Darstellung der Waffenbrüderschaft ebenso sein wie bei der der Militärpolitik der Partei oder ihrer führenden Rolle in der NVA.

IV

Die Erfahrungen, die wir insbesondere bei der Arbeit an der Geschichte der NVA mit dem Verhältnis von Politik und Militärgeschichtsschreibung gemacht hatten, gaben nicht nur mir einen neuen Anstoß, es kritisch zu hinterfragen. Das wachsende Gefühl, daß da etwas nicht stimme und daß es so nicht weitergehen könne, war allerdings schon längere Zeit da. Unzufriedenheit mit außerwissenschaftlichen Einflußnahmen auf die wissenschaftliche Arbeit, engere Kontakte mit dem wissenschaftlichen Leben auch im westlichen Ausland, gewachsene eigene fachliche Kompetenz und die Rückbesinnung auf Marx'ens Prinzip, "An allem ist zu zweifeln", machte uns kritischer, auch gegenüber der eigenen

Arbeit.

In den achtziger Jahren begannen DDR-Gesellschaftswissenschaftler aller Disziplinen, Thesen und Lehrsätze zu hinterfragen, an denen sie bisher nicht gerüttelt hatten. Einen zentralen Platz nahmen bei den Gesellschaftswissenschaftlern der NVA die Diskussionen um ein neues Herangehen an die Fragen von Krieg und Frieden ein. Die dabei gewonnenen Einsichten über die Sinnkrise des Krieges und in Verbindung damit über die Notwendigkeit eines neuen Verständnisses vom Sinn des Soldatseins unter diesen Bedingungen, über die Friedensfähigkeit beider Systeme und andere Fragen hatten ja nicht nur Konsequenzen für die praktische Politik. Sie bedeuteten auch eine Umwälzung der weltanschaulichen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften. (21) Die Philosophen führten das Problem der Widersprüche im Sozialismus aus der bisherigen Enge heraus und bereiteten damit weiteren Boden für eine vorurteilsfreiere, auch bisherige Lehrsätze und Überzeugungen infragestellende kritische Analyse sozialistischer Praxis. Die Diskussion der Historiker über Erbe und Tradition beförderte nicht nur eine Hinwendung zu bisher vernachlässigten Problemen und Themen, sondern auch die Bemühungen, der historisch-kritischen Methode und den Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit voll Geltung zu verschaffen.

Diese in Gang gekommene Bewegung erhielt Auftrieb durch Gorbatschows Neues Denken und solche seiner Erklärungen wie: "Der Sozialismus braucht die Demokratie wie der Mensch die Luft zum Leben." Ähnliche Wirkung ging von dem SED-SPD-Papier "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" vom August 1987 aus. (22) Obwohl diese Diskussionen immer an Sachfragen festgemacht waren, wurde doch erkennbar, daß es in ihnen, wenn auch kaum direkt angesprochen, auch um ein neues Verständnis und eine zu ändernde Praxis des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft ging. Die bürokratische Bevormundung und Zensurierung der wissenschaftlichen Arbeit, die stets mit dem Mantel des "marxistisch-leninistischen Klassenstandpunktes" bzw. "marxistisch-leninistischer Parteilichkeit" umhüllt war, geriet in die Kritik.

Die für die wissenschaftliche und ideologische Arbeit zuständigen Parteiorgane reagierten darauf vor allem mit der Forderung nach Erhöhung der ideologischen Wachsamkeit. Neue Fragestellungen oder Einsichten stießen bei ihnen vielfach auf erheblichen Widerstand. Er konnte sich auch in schroffer Zurechtweisung, in der Verweigerung von Publikationsgenehmigungen und in anderen Maßnahmen der Disziplinierung äußern. So erhielt z.B. der Chefredakteur der Zeitschrift „Militärgeschichte“ 1987 eine solche Zurechtweisung wegen mangelnder Wachsamkeit, verbunden mit der Auflage, künftig alle Beiträge des Direktors des Militärgeschichtlichen Instituts grundsätzlich und unabhängig vom Thema dem Stellvertreter des Chefs der PHV für ideologische Arbeit zur Freigabe vorzulegen. Anlaß dafür war die Äußerung des Direktors, die Forschung sei nicht nach vorgegebenen Prämissen, sondern unvoreingenommen zu betreiben. Sie sei "nicht mit dem Ziel anzugehen, in der Geschichte nach Beispielen zu suchen, die sich zur Auseinandersetzung mit oder zur Rechtfertigung von heutiger Praxis zu eignen scheinen." (23) Gefordert wurde die strikte Beachtung der Prinzipien historisch-kritischer Forschung. Diese Aussage wurde in der PHV richtig als eine - wenn auch verschlüsselte - Kritik an politisch-ideologischer Einflußnahme verstanden und in genannter Weise beantwortet.

Kritische Diskussionen zu außerwissenschaftlichen Einflußnahmen auf die wissenschaftliche Arbeit wurden - meist aus aktuellem Anlaß - auch in den Arbeitsgruppen und Abteilungen des Instituts geführt. Das kam einer Diskussion in der Parteiorganisation gleich, denn alle wissenschaftlichen Mitarbeiter gehörten ihr an. Gewiß war die Parteiorganisation auch im MGI ein Gremium, in dem wir uns selbst auf die Beschlüsse der Partei ein-schworen und damit auch gegenseitig ideologisch disziplinierten. Aber sie war nicht nur das. Sie war auch ein Gremium des offenen und kritischen Gedanken- und Erfahrungsaustauschs zu politischen und wissenschaftlichen Fragen, der freimütigen Diskussion über

verschiedene Probleme, so der internationalen und nationalen Entwicklung oder der Arbeits- und Dienstbedingungen der Mitarbeiter und anderem. Parteisekretär und Parteileitung vertraten gerade in den achtziger Jahren auch dann die Meinung der Basis gegenüber dem übergeordneten Parteiorgan, wenn sie wußten, daß diese dort nicht auf Gegenliebe stoßen würde.

Das Verhältnis von Politik und Militärgeschichtswissenschaft wurde im Institut jedoch bis zu meinem Ausscheiden nicht zum speziellen Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung, weder im Wissenschaftlichen Rat noch in einem anderen Gremium. Das muß ich zu den Versäumnissen meiner Leitungstätigkeit zählen. Auch von Seiten meines Stellvertreters Forschung und der Abteilungsleiter wurde eine solche Beratung nicht in Vorschlag gebracht. Die Voraussetzungen dafür - und hierzu zählt unsere eigene Bereitschaft zu offener Kritik - waren wohl noch nicht genügend reif. Es bedurfte erst der Wende vom Herbst 1989, die eine Flut demokratischer Forderungen auslöste und nach und nach alle bisherigen Tabus und Verhaltensweisen auf den Prüfstand dieser Forderungen brachte. So fand diese Beratung unter dem Thema "Militärgeschichte im Erneuerungsprozeß" erst im Januar 1990 statt. (24) Auch im MGI war also die Hoffnung auf eine grundlegende demokratische Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung der DDR noch vorhanden, für ihre Verwirklichung waren aber keine Voraussetzungen und Bedingungen mehr gegeben.

Anmerkungen

- (1) Friedrich Meinecke, Vom geschichtlichen Sinn und vom Sinn der Geschichte, Leipzig 1939, S. 23 f.
- (2) Konrad H. Jarausch, Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991; Walter Schmidt, Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11/92, S. 1013 ff.; Martin Sabrow/Paul Walter (Hrsg.), Historische Forschungen und sozialistische Diktatur. Beiträge Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995; Gustavo Cornu/Martin Sabrow (Hrsg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996; Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Historiker in der DDR, Göttingen 1997; Jürgen Kocka, Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998.
- (3) Zur Breite dieser Urteile siehe u.a.: Martin Sabrow, Das Wahrheitsproblem in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, XXV/1996; siehe auch Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Historiker in der DDR, Göttingen 1997.
- (4) Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 39/96, 20. September 1996, S. 5 f.
- (5) Siehe z.B. Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998.
- (6) Thomas Nipperdey, Wozu Geschichte gut ist, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Nr. 1/1987, S. 9.

- (7) Siehe z.B. Ilko-Sascha Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.
- (8) Hans-Joachim Beth/Reinhard Brühl/Dieter Dreetz (Hrsg.), Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Berlin 1998.
- (9) Einführung in das Studium der Geschichte, Berlin 1979, S. 23.
- (10) Hans-Georg Gadamer, Die Kunst des Fragens und des Verstehens. Über die Geschichtlichkeit des Menschen und die Aufgaben der Wissenschaftler, in: Wochenpost, Nr. 39, 19.09.1996, S. 47 f.
- (11) Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991.
- (12) Ordnung Nr. 039/9/100 des Stellvertreters des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung über die Stellung, Aufgaben und Befugnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der Deutschen Demokratischen Republik – MGI-Ordnung - vom 04.Januar 1983, in: Ministerium für Nationale Verteidigung, AMBl. Nr. 4/83.
- (13) Beschluß des Politbüros vom 5.Juli 1955, in: Dokumente der SED, Bd. V, Berlin 1956, S. 337 ff.
- (14) Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, 1963.
- (15) Joachim Petzold, Die Auseinandersetzung zwischen den Lampes und den Hampes. Zum Konflikt zwischen Parteidoktrinären und Geschichtswissenschaftlern in der NS-Zeit und in der frühen DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/1994, S. 101 ff.
- (16) Stefan Heym, Der König David Bericht, Roman, Berlin 1977, S. 46.
- (17) Martin Sabrow, Das Wahrheitsproblem in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, XXV/1996, S. 233 ff.
- (18) Ebd., S. 243.
- (19) Für das Militärgeschichtliche Institut waren verbindlich: die Forschungsordnung vom 03.05.1982 (Nr.039/9/001), die MGI-Ordnung vom 04.01.1983 (Nr. 39/9/100), die DV 010/0/009 vom 01.12.1977 (Wachsamkeit und Geheimhaltung), die DV 010/0/012 vom 01.08.1979 (Geheimnisschutz in der Militärpublizistik), die Ordnung über die Militärzensur in der NVA vom 14.07.1972, die Presseordnung vom 10.03.1983 (Nr. 030/9/012), die Publikationsordnung vom 10.11.1975 (Nr. 030/9/002) sowie die Urheberrechtsordnung der DDR vom 19.04.1996.
- (20) Heinz Hoffmann, Zur politisch-ideologischen Arbeit in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ders.: Sozialistische Landesverteidigung. Aus Reden und Aufsätzen 1978 - 1983, S. 65.
- (21) Siehe dazu Wolfgang Scheler, Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Krieg, Frieden und Streitkräfte. Über die Umwälzung der weltanschaulichen Grundlagen der Militärwissenschaft und der Wehrmotivation an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 26 - 1996.
- (22) Siehe in Harald Neubert, Zum gemeinsamen Ideologie-Papier von SED und SPD aus dem Jahr 1987, in: hefte zur ddr-geschichte, Nr. 18, Berlin 1994, S. 36 ff.
- (23) Reinhard Brühl, Zu einigen aktuellen Aufgaben der militärgeschichtlichen Forschung, in: Militärgeschichte, Heft 6/1987, S. 519.

- (24) Wilfried Hanisch, Militärgeschichtswissenschaft im Erneuerungsprozeß. Ansätze einer Neuorientierung der Militärhistoriker der DDR auf einem Kolloquium Anfang 1990, in: Hans-Joachim Beth/Reinhard Brühl/Dieter Dreetz (Hrsg.), Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Berlin 1998, S. 261 ff